

Offener Brief der Bürgerinnen und Bürger sowie ihrer gewählten
Vertreter der Ortsteile Straach und Nudersdorf

Stadtverwaltung Wittenberg	
an	
Eing.	21. Juni 2018
Datum Sign.	
Oberbürgermeister Wittenberg den 08.05.2018	

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,
sehr geehrter Herr Bürgermeister,
werte Stadträtinnen und Stadträte

Wir wenden uns vertrauensvoll an sie mit der Bitte um Unterstützung bei der Beseitigung einer für uns unerfreulichen verkehrstechnischen Problematik zur Infrastruktur der Ortsteile Straach, Nudersdorf, Schmilkendorf und Reinsdorf.

Als am 11.06.2013 ein öffentlicher Workshop zum Thema Ausbau innerstädtischer Radwege der Lutherstadt Wittenberg initiiert wurde gab es vielfältige Vorschläge zur Erweiterung des gegenwärtig nur mangelhaft ausgebauten Radwegenetzes. Im Verlauf dieser Veranstaltung erarbeitete man eine Art Prioritätenliste auf der eine direkte Radwegeverbindung zwischen Straach und Nudersdorf mit der Anbindung an den bereits vorhandenen Radweg zwischen dem Ortsteil Reinsdorf und der Kernstadt Wittenberg favorisiert wurde. Der Grund für die oben genannte Einstufung ist trotz des sicher ebenfalls berechtigten Bedarfs anderen Ortes dennoch nachvollziehbar. Für die Bürger dieser Ortsteile wesentlich maßgebend sind der vordringliche Bedarf eines sicheren Schulweges nebst der Absicherung der allgemeinen und im Besonderen der ärztlichen Grundversorgung sowie die touristische Anbindung an den Fläming. Mit dieser Priorisierung wähten wir uns auf einem guten Weg, in absehbarer Zeit greifbare Fortschritte zur Planung und einem in deren Folge sogar schnellstmöglichen Ausbau der beschriebenen Wegstrecke aufweisen zu können. Die vor kurzem vom Land Sachsen Anhalt veröffentlichte Fortschreibung der Bedarfspläne für die Radwegvorhaben des Landes haben gelinde gesagt für allgemeine Ernüchterung gesorgt. Die aus der Erhebung des Landes gezogenen Bewertungsergebnisse sind aus Sicht der betroffenen Bevölkerung in keiner Weise nachvollziehbar und führen aus unserer Sicht zu dem verständlichen Unmut. Warum beharren wir aber dennoch unbeirrt auf den Anspruch eine Radwegeverbindung zur Stadt herstellen zu lassen?

Grundsätzlich unterscheiden sich die äußeren Ortsteile der Lutherstadt Wittenberg vor allem in der Bewältigung des alltäglichen Lebens von der Kernstadt. Das betrifft ohne Ausnahme alle Lebensbereiche und somit gleichermaßen alle Altersgruppen. Es ist ein Leben der meist etwas längeren Wege. Das beginnt bereits im Grundschulalter, zieht sich durch das gesamte Berufsleben und endet erst mit dem Einzug auf dem Gottesacker. Es ist also zumindest vorteilhaft wenn nicht sogar vollkommen unabdingbar, wenn die Bürger mobil ausgestattet sind. Da aber liegt der Haase sprichwörtlich im Pfeffer. Nun gibt es in den Ortsteilen einen

hohen Anteil an Bürgern, welche aus Gründen des Alters (Kinder, Jugendliche aber auch eine gewiss hohe Anzahl Rentner), gesundheitlichen, finanziellen und anderen Einschränkungen bedauerlicher Weise nicht im Besitz eines eigenen motorisierten Fahrzeuges oder einer entsprechenden Fahrerlaubnis sind. Diese Bevölkerungsgruppen können somit den Ortsteil individuell lediglich mit dem Fahrrad oder mit den in recht großen zeitlichen Abständen verkehrenden öffentlichen Verkehrsmitteln verlassen. In den Ortsteilen Straach, Nudersdorf und Schmilkendorf ist es für sie aufgrund fehlender Anbieter nicht möglich selbst die notwendigsten Dinge des täglichen Bedarfs zu erwerben. Für den Lebensunterhalt sind sie daher gezwungen den Einkaufsmarkt in Reinsdorf zu erreichen. Die oftmals vorgeschlagene Bildung von Fahrgemeinschaften o.ä. ist leider nur eine schöne theoretische Möglichkeit das Problem zu mindern. Das wirkliche Leben sieht wie immer doch etwas anders aus. Auch nachbarschaftliche Hilfsbereitschaft hat bekanntlicher Maßen auf Dauer ihre Grenzen. Sowohl die Schmilkendorfer als auch die Nudersdorfer Patienten müssen zum Hausarzt entweder in die Ortsteile Straach oder Reinsdorf. Wenn sich diese Praxen freilich darum bemühen die Termine in Kenntnis der Verkehrsanbindung auszugeben, so ist es doch nicht möglich sie sämtlich dem Fahrplan des ÖVNP anzupassen.

Nicht zu vergessen ist die Problematik eines sicheren Schulweges für die Sekundarschüler aus den Ortsteilen, die mit der gleichen Verkehrsanbindung zu kämpfen haben und diverse Angebote der Schule gelegentlich ausschlagen, weil das Hin- und Herkommen außerhalb des öffentlichen Schulbusangebotes mehr als schwierig ist. Nicht viel besser ergeht es den zahlreichen Berufspendlern, die sich notgedrungen täglich einer Gefahr der besonderen Art aussetzen müssen. Es ist nahezu unverantwortlich, wenn Einwohner, ausgestattet mit dem Mute der Verzweiflung, gezwungen sind, das Risiko einzugehen, sich lange Strecken auf der stark befahrenen L 124 gegen den motorisierten Verkehr zur Wehr setzen zu müssen. Wie gefährlich unsere Chausseen sind, muss nicht erst mit markigen Worten unterstrichen werden. Jeder Verkehrsteilnehmer kann es beinahe täglich beobachten, dass mit Radfahrern vor allem in Punkto Sicherheit oftmals nicht gerade zimperlich umgegangen wird. Dieses alltägliche Gefahrenpotential steigert sich wenn die L124 wieder einmal als Umleitung der A9 erhalten muss.

Große Teile der ländlichen Bevölkerung fordern zunehmend vehement ein Umdenken in der Verkehrsplanung. Der Unmut ist verständlich, zahlen sie doch ebenso ihre Steuern wie jeder Andere und dennoch fühlen sie sich im Zusammenleben oftmals benachteiligt. Von einem tatsächlichen Zusammengehörigkeitsgefühl in Folge der Kommunalreform kann unter diesen Umständen nur bedingt ausgegangen werden. Immer mehr macht unter den Einwohnern das Gerücht über das offenbar bewusst herbeigeführte Entvölkern ländlicher Regionen die Runde. Man wünscht sich mittlerweile Brandenburger Verhältnisse, deren Radwegenetz im Vergleich zu unserem als nahezu vorbildlich anzusehen ist. Die Betroffenen attestieren sowohl der Landesregierung als auch den Kommunen diesbezüglich große Versäumnisse. In Sachsen Anhalt wird das sprichwörtliche Pferd allem Anschein nach verkehrt aufgezäumt. Will man dem zukünftig entgegenreten, muss ein Umdenken auf allen Ebenen einsetzen. So förderlich im Grunde der Elbe-Radwanderweg mit seiner Ost-West Verbindung auch ist, das

steht auch für uns vollkommen außer Frage, eine erstrebenswerte Nord-Süd Verbindung zum Fläming hätte über die gleichwertige touristische Einbindungsmöglichkeit hinaus einen für das alltägliche Leben vor Ort nutzbaren Wert. Das sollte das Maß sein an dem zukünftige Investitionen gemessen werden.

Die betroffenen Bürger der nördlich gelegenen Ortsteile sind mehr und mehr gewillt ihrer Forderung auch durch überregional öffentlichkeitswirksame Maßnahmen Nachdruck zu verleihen. Eine kurzfristig durchgeführte Unterschriftenaktion sollte diesbezüglich nur der allererste Schritt in dieser Richtung sein. Die vorerst über 1000 Unterzeichner beweisen, dass die offensichtlich fehlerhafte und somit unbrauchbare Bedarfsermittlung des Landes an der Wirklichkeit weit vorbei zielt. Die von der Lutherstadt Wittenberg kürzlich durchgeführte Bestandsanalyse „Ortschafts Werkstatt“ ist zwar ein begrüßenswerter Schritt in die richtige Richtung, es darf dabei aber nicht bei lediglich wohlwollenden Worten bleiben. Unsere Erwartungen gehen ehrlich gesagt deutlich darüber hinaus.

Wohl wissend, dass die Lutherstadt Wittenberg unser Anliegen nur in Zusammenarbeit mit den genehmigenden Landesbehörden voranbringen kann, fordern wir sie dennoch auf alle ihnen zur Verfügung stehenden Möglichkeiten auszuschöpfen um sich gemeinsam mit uns für eine von allen Seiten tragbare Lösung des Problems einzusetzen und dem Land Sachsen-Anhalt die notwendigen Anstöße für ein verkehrspolitisches Umdenken zu geben.

Mit freundlichen Grüßen

Die Unterzeichner der Unterschriftenaktion

Anhang: Kopie der Unterschriftenaktion